

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Antisemitische Straftaten in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Julia Willie Hamburg und Filiz Polat (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 29.04.2015

Nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung hat die Bedrohung für Jüdinnen und Juden in Deutschland durch Antisemitismus in den letzten Jahren zugenommen (<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/antisemitismus-in-deutschland-ein-lagebild-2015/>). Während die überwiegende Mehrzahl von Übergriffen, Schmierereien oder Friedhofsschändungen rechtsextrem motiviert ist, finden sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen antisemitische Einstellungen und Vorurteile. So warnte zuletzt der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland davor, in manchen Städten bzw. Stadtteilen eine Kippa zu tragen. Ebenso riet bereits im vergangenen Jahr die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, in Reaktion auf Brandanschläge auf Synagogen dazu, sich „nicht als Jude erkennbar zu machen“.

1. Wie viele Anschläge oder Übergriffe mit antisemitischem Hintergrund gab es in Niedersachsen jeweils in den Jahren seit 2003 (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, Einrichtung, Art des Anschlags/Übergriffs, Anzahl der Opfer, entstandenem Schaden sowie Alter und Geschlecht der Täterinnen und Täter)?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bezüglich des Hintergrundes bzw. der Motivation der Täter?
3. In wie vielen Fällen wurde das Opfer nach Kenntnis der Landesregierung angegriffen, weil es sich durch das Tragen des Davidsterns, einer Kippa oder Ähnlichem öffentlich als jüdisch erkennbar machte (bitte nach Jahren aufgliedern)?
4. Teilt die Landesregierung die Sorge vieler Jüdinnen und Juden in Niedersachsen, sich öffentlich als jüdisch erkennbar zu zeigen?
5. In wie vielen Fällen kam es nach Kenntnis der Landesregierung seit dem Jahr 2003 in Niedersachsen zur Anzeige wegen des Verdachts antisemitischer Straftaten im Internet, und in wie vielen Fällen kam es seitdem zur Verurteilung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
6. Hat die Landesregierung unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der sogenannten Pegida-Demonstrationen und ihren Ablegerinnen in niedersächsischen Städten antisemitische Tendenzen, Aussagen oder Slogans zur Kenntnis genommen, und wenn ja, welche (bitte einzeln aufzählen)?
7. Sieht die Landesregierung nach den Anschlägen in Brüssel und Paris Veranlassung dazu, die Sicherheit von Synagogen und/oder anderen jüdischen Einrichtungen in Niedersachsen einer Neubewertung zu unterziehen? Falls ja, wann und in welcher Form wird diese Neubewertung vorgenommen? Falls nein, warum nicht?
8. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Gefährdung jüdischer Einrichtungen in Niedersachsen durch dschihadistische Terrororganisationen?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verbreitung antisemitischer Hasspropaganda in Moscheen und Moscheegemeinden (bitte Moscheen, Moscheegemeinden einzeln aufführen)?
10. Was tut die Landesregierung insbesondere im Bereich der Bildungsarbeit, Jugendsozialarbeit und im Schulunterricht, um Antisemitismus vorzubeugen und entgegenzuwirken?

11. Inwieweit ist Antisemitismus Teil des Lehrcurriculums in der Lehreraus- und -fortbildung in Niedersachsen?